

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat het recht op omwisseling van de personeelsleden van de Diensten van de Regering van de Franse Gemeenschap die ofwel naar de Waalse Regering, ofwel naar het College van de Franse Gemeenschapscommissie van ambtswege werden overgedragen, dient te worden gevrijwaard;

Op de voordracht van de Minister van Ambtenarenzaken;

Gelet op de door de Regering na de beraadslaging van 16 oktober 1995 genomen beslissing,

Besluit :

Artikel 1. Artikel 8, § 1, van het besluit van de Regering van de Franse Gemeenschap van 4 november 1994 houdende bepaling van de nadere regels voor de overdracht van het personeel van de Diensten van de Regering van de Franse Gemeenschap naar de Waalse Regering en naar het College van de Franse Gemeenschapscommissie, wordt gewijzigd als volgt :

“ De personeelsleden die van ambtswege werden overgedragen ter uitvoering van dit besluit mogen vragen opnieuw te worden aangewezen voor het Ministerie waarvoor zij vroeger waren aangewezen volgens de nadere regels en binnen dertig dagen te rekenen vanaf een datum die door de Regering van de Franse Gemeenschap zullen worden bepaald na advies van de Waalse Regering of van het College van de Franse Gemeenschapscommissie, naargelang van het geval, en die zullen bekendgemaakt worden in de vorm van een bericht in het *Belgisch Staatsblad* binnen de twaalf maanden die volgen op de inwerkingtreding van dit besluit. »

Art. 2. De Minister van Ambtenarenzaken is belast met de uitvoering van dit besluit.
Brussel, 8 november 1995.

Vanwege de Regering van de Franse Gemeenschap :

De Minister van Ambtenarenzaken,
J.-CL. VAN CAUWENBERGH

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 95 — 3107

[S ~ C ~ 33089]

**18. MÄRZ 1994. — Erlass der Regierung zur Festlegung der Selbstkostenbeteiligung der Eltern
an den Betreuungskosten durch Tagesmütter
sowie zu den Berechnungsmodalitäten dieser Selbstkostenbeteiligung**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990 und 16. Juli 1993;

Aufgrund des Dekrets vom 9. Mai 1988 zur Schaffung eines Kinderhilfsfonds, zur Übernahme gewisser Personalmitglieder des Nationalen Kinderhilfswerks sowie zur Regelung der Beherbergung von Kindern unter 7 Jahren, abgeändert durch die Dekrete vom 7. Mai 1990 und 21. Januar 1991;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 12. Juli 1990 zur Festlegung der Bedingungen für die finanzielle Beteiligung an den Funktionskosten der Tagesmutterdienste, insbesondere Artikel 13;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni 1989 und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

Aufgrund der Tatsache, daß die momentanen Tarife zur Kostenbeteiligung der Eltern bereits zwei Jahre alt sind und dem heutigen Preisniveau angepaßt werden müssen;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 16. März 1994;

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, Minister für Finanzen, Sport und Tourismus, Gesundheit und Familie,

Beschließt:

Artikel 1. In Anlehnung an Artikel 13 des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 12. Juli 1990 zur Festlegung der Bedingungen für die finanzielle Beteiligung an den Funktionskosten der Tagesmutterdienste wird die Selbstkostenbeteiligung der Eltern an den Betreuungskosten durch Tagesmütter sowie die Berechnungsmodalitäten dieser Selbstkostenbeteiligung gemäß beigefügter Tabelle neu festgelegt.

Der Minister kann die Tabelle anpassen.

Art. 2. Die minimale Selbstkostenbeteiligung pro Betreuungsstag wird auf 52 BF festgelegt.

Die maximale Selbstkostenbeteiligung pro Betreuungstag wird auf 604 BF festgelegt. Diese Beteiligung gilt auch für die Eltern, die keinen Einkommensbeweis erbringen.

Art. 3. Die Selbstkostenbeteiligung für einen halben Betreuungstag wird auf 55 % der Beteiligung für eine Ganztagsbetreuung festgelegt.

Die minimale Selbstkostenbeteiligung wird pro halben Betreuungstag auf 52 BF festgelegt.

Art. 4, § 1. Berechnungsgrundlage sind die kumulierten monatlichen Nettocinkünfte des Haushaltes.

Hierunter versteht man alle finanziellen Einnahmen der Ehepartner oder der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Partner sowie des Alleinerziehers, so:

- die beruflichen Einkünfte;
- Sozialleistungen (Krankheit - Invalidität - Pensionen - Zulagen für Unfälle und Berufskrankheiten - Arbeitslosenunterstützung - Behindertenzulage);
- Milizzulagen;

- Studienbeihilfen;
- garantie Einkünfte, Mindesteinkommen, Unterstützung der ÖSHZ.

Nicht berücksichtigt werden die Kinderzulagen und die Beteiligung der öffentlichen Hand an den Unterhaltskosten des Kindes, das in einer Gastfamilie untergebracht ist.

Falls Alimente bezogen werden, werden sie den Vergleichseinkünften beigelegt; sie werden abgezogen, wenn sie bezahlt werden.

Persönliche Rückzahlungen dürfen nicht abgezogen werden.

§ 2. Wenn ein Elternteil den Bestimmungen des Arbeitnehmerstatus, des Angestelltenstatus, des Status der öffentlichen Dienste oder gleichgestellter Dienste unterliegt und der andere Elternteil den Bestimmungen eines anderen Status, dann entsprechen die monatlichen Nettoeinkünfte des Haushalts der Summe der monatlichen Nettoeinkünfte der Elternteile, die gemäß dem Statut, das auf sie Anwendung findet, berechnet wurden.

§ 3. Die für die Berechnung der täglichen Selbstkostenbeteiligung in Betracht zu ziehenden kumulierten monatlichen Nettoeinkünfte des Haushaltes sind die des Monats November. Eine Anpassung der Beteiligung an die Einkünfte muß im Januar jeden Jahres erfolgen. In dem Falle, wo die Einkünfte des Monats November für einen oder beide Elternteile gleich null oder aber nicht repräsentativ wären, sind die Einkünfte zu berücksichtigen, die während des ersten Betreuungsmonates bezogen werden.

Art. 5. § 1. Die Elternteile, die den Bestimmungen des Arbeitnehmerstatus, des Angestelltenstatus, des Status der öffentlichen Dienste oder gleichgestellter Dienste unterliegen, müssen ein Formular, das ihnen vom Tagesmutterdienst zugestellt wird, von ihrem Arbeitgeber ausfüllen lassen oder ein Original der Gehaltsbescheinigung bzw. Lohnzettels des entsprechenden Monats vorlegen oder einen Kontoauszug, auf dem die erhaltene Lohn- bzw. Gehaltssumme vermerkt ist.

§ 2. Die Eltern, die den Bestimmungen eines anderen Status unterliegen, müssen den letzten Steuerbescheid - Auszug aus der Heberolle über die Steuer der natürlichen Personen vorlegen. Berücksichtigt werden in diesem Fall die steuerbaren Nettoeinkünfte; d.h. die Gesamtheit des steuerbaren Betrags, abzüglich der Staatssteuer und der Gemeindesteuer. Diese Summe wird um 20 % erhöht.

In dem Fall, wo die steuerbaren Nettoeinkünfte nicht in bezeichnender Weise mit der effektiven Tätigkeit übereinstimmen, wird ausnahmsweise ein Buchhaltungsbeleg akzeptiert.

Falls der letzte Steuerbescheid noch nicht vorliegt, kann der Dienst den vorherigen Steuerbescheid als Berechnungsgrundlage heranziehen.

Eine Anpassung der Beteiligung muß spätestens zum 1. Juli jeden Jahres auf Basis des Steuerbescheids des vorangegangenen Steuerjahres erfolgen.

Art. 6. In dem Falle, wo die Selbstkostenbeteiligung der Eltern aufgrund der besonderen finanziellen Lage der Familie für eine bestimmte Zeitdauer angepaßt wird oder das Einkommen unter dem vorgesehenen Mindesteinkommen liegt, ist die vom Sozialarbeiter des Dienstes durchgeführte Untersuchung ausschlaggebend.

Jede Abweichung vom festgelegten Tarifzettel ist jedoch Gegenstand eines schriftlichen begründeten Berichtes. Die Abweichung vom Tarifzettel muß nach Gutachten des Dienstes für Kind und Familie vom zuständigen Minister gebilligt werden.

Bei einer Eigenbeteiligung der Eltern von weniger als 130,-BF für eine Ganztagsbetreuung erstellt der Dienst innerhalb eines Monats einen begründeten Sozialbericht, der dem Dienst für Kind und Familie zur Kenntnisnahme zugestellt wird.

Art. 7. Die Einkommenserklärung des Haushaltes oder des alleinerziehenden Elternteils und die Einkommenserklärung müssen bis zum Ende des laufenden Jahres aufbewahrt werden. Formulare zur Erstellung der Einkommenserklärung werden von den Tagesmutterdiensten zugestellt.

Art. 8. Die aufgrund der Anlage 1 festgelegte Selbstkostenbeteiligung der Eltern deckt die Gesamtheit der Aufenthaltskosten mit Ausnahme der Kosten für Diätkost und Medikamente.

Die Tagesmutterdienste können von den Eltern eine finanzielle Beteiligung für Kleidung und Windeln verlangen.

Art. 9. § 1. Bei gleichzeitiger Betreuung von zwei Kindern einer Familie unter vier Jahren wird die Selbstkostenbeteiligung der Eltern pro Kind auf 70 % der normalen Beteiligung für die Ganz- oder Halbtagsunterbringung verringert.

Eine nicht länger als zwei Wochen dauernde begründete Abwesenheit eines der beiden Kinder tut dieser Vergünstigung keinen Abbruch.

§ 2. Bei gleichzeitiger Betreuung von zwei Kindern einer Familie, wobei eines älter als vier Jahre alt ist, wird die Selbstkostenbeteiligung der Eltern auf 70 % für das Kind unter vier Jahren und auf 100 % für das Kind über vier Jahren festgesetzt.

§ 3. In den Ferienmonaten wird bei gleichzeitiger Betreuung von mindestens 2 Kindern bis zu 7 Jahren einer Familie die Selbstkostenbeteiligung auf 70 % des normal zu zahlenden Betrages festgelegt.

Jedes Kind muß in diesen Ferienmonaten jedoch an mindestens acht Tagen betreut werden.

§ 4. Der Sozialarbeiter überprüft die Gleichzeitigkeit der Betreuung, wenn beide Kinder ein und derselben Einrichtung oder ein und demselben Dienst nicht gemeinsam anvertraut werden.

§ 5. Die Herabsetzung der Selbstkostenbeteiligung auf 70 % wird ebenfalls für jedes Kind einer Familie gewährt, die drei Kinder oder mehr zu Lasten hat.

§ 6. Die so berechnete Selbstkostenbeteiligung darf jedoch die in Artikel 2 und 3 vorliegenden Erlasse festgelegten Mindestbeträge nicht unterschreiten.

Art. 10. Die Selbstkostenbeteiligung der Eltern kann Gegenstand einer Vorauszahlung oder eines Vorschusses sein.

Art. 11. Bei unbegründeter Abwesenheit eines eingeschriebenen Kindes wird eine Reservierungsgebühr verlangt, die zumindest dem Mindestbetrag von 52 BF entspricht. Diese Gebühr wird jedoch pro Tag auf 25 % der festgelegten Selbstkostenbeteiligung begrenzt.

Art. 12. Der Berechnungsmodus für die Beteiligung der Grenzgänger, deren Einkünfte in einer ausländischen Währung angegeben sind, wird den Tagesmutterdiensten durch das Ministerium, Dienst für Kind und Familie, in einer Notiz erläutert. Das Einkommen wird gemäß dem aktuellen Wechselkurs in Belgische Franken umberechnet.

Art. 13. Der Ministerialerlaß vom 21. August 1991 bezüglich Festlegung der Selbstkostenbeteiligung der Eltern an den Betreuungskosten durch Tagesmütter sowie zu den Berechnungsmodalitäten dieser Selbstkostenbeteiligung ist hiermit aufgehoben.

Art. 14. Vorliegender Erlass tritt am 1. April 1994 in Kraft.

Eupen, den 18. März 1994.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident,

Minister für Finanzen, Gesundheit und Familie, Sport und Tourismus,

J. MARAITE

Anlage 1

zum Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
zur Festlegung der Selbstkostenbeteiligung der Eltern an den Betreuungskosten
sowie zu den Berechnungsmodalitäten dieser Selbstkostenbeteiligung

Finanzielle Beteiligung der Eltern an den Aufenthaltskosten der Kinder, die bei den vom zuständigen Minister anerkannten Tagesmutterdiensten untergebracht sind.

Die Selbstkostenbeteiligung wird wie folgt festgelegt:

Kumulierte monatliche Nettoeinkünfte der Ehepartner
oder der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden
Partner (oder des Alleinerziehers)

	100 %	70 %	55 %
bis 19.999	52	52	52
20.000 - 20.999	77	54	52
21.000 - 21.999	91	64	52
22.000 - 22.999	107	73	59
23.000 - 23.999	123	86	68
24.000 - 24.999	135	95	74
25.000 - 25.999	140	98	77
26.000 - 26.999	146	102	80
27.000 - 27.999	151	106	83
28.000 - 28.999	157	110	86
29.000 - 29.999	162	113	89
30.000 - 30.999	168	118	92
31.000 - 31.999	180	126	99
32.000 - 32.999	186	130	102
33.000 - 33.999	191	134	105
34.000 - 34.999	197	138	108
35.000 - 35.999	202	141	111
36.000 - 36.999	208	146	114
37.000 - 37.999	213	149	117
38.000 - 38.999	219	153	120
39.000 - 39.999	224	157	123
40.000 - 40.999	230	161	127
41.000 - 41.999	235	165	129
42.000 - 42.999	241	169	133
43.000 - 43.999	246	172	135
44.000 - 44.999	252	176	139
45.000 - 45.999	257	180	141
46.000 - 46.999	263	184	145
47.000 - 47.999	268	188	147
48.000 - 48.999	274	192	151
49.000 - 49.999	279	195	153
50.000 - 50.999	285	200	157
51.000 - 51.999	290	203	160
52.000 - 52.999	296	207	163
53.000 - 53.999	301	211	166
54.000 - 54.999	307	215	169
55.000 - 55.999	312	218	172
56.000 - 56.999	318	223	175
57.000 - 57.999	323	226	178
58.000 - 58.999	329	230	181
59.000 - 59.888	334	234	184
60.000 - 60.999	340	238	187
61.000 - 61.999	345	242	190
62.000 - 62.999	351	246	193

Kumulierte monatliche Nettoeinkünfte der Ehepartner
oder der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden
Partner (oder des Alleinerziehers)

	Beteiligung pro Tag		
	100 %	70 %	55 %
63.000 - 63.999	356	249	196
64.000 - 64.999	362	253	199
65.000 - 65.999	367	257	202
66.000 - 66.999	373	261	205
67.000 - 67.999	378	265	208
68.000 - 68.999	384	269	211
69.000 - 69.999	389	272	214
70.000 - 70.999	395	277	217
71.000 - 71.999	400	280	220
72.000 - 72.999	406	284	223
73.000 - 73.999	411	288	226
74.000 - 74.999	417	292	229
75.000 - 75.999	422	295	232
76.000 - 76.999	428	300	235
77.000 - 77.999	433	303	238
78.000 - 78.999	439	307	241
79.000 - 79.999	444	311	244
80.000 - 80.999	450	315	248
81.000 - 81.999	455	319	250
82.000 - 82.999	461	323	254
83.000 - 83.999	466	326	256
84.000 - 84.999	472	330	260
85.000 - 85.999	477	334	262
86.000 - 86.999	483	338	266
87.000 - 87.999	488	342	268
88.000 - 88.999	494	346	272
89.000 - 89.999	499	349	274
90.000 - 90.999	505	354	278
91.000 - 91.999	510	357	281
92.000 - 92.999	516	361	284
93.000 - 93.999	521	365	287
94.000 - 94.999	527	369	290
95.000 - 95.999	532	372	293
96.000 - 96.999	538	377	296
97.000 - 97.999	543	380	299
98.000 - 98.999	549	384	302
99.000 - 99.999	554	388	305
100.000 - 100.999	560	392	308
101.000 - 101.999	565	396	311
102.000 - 102.999	571	400	314
103.000 - 103.999	576	403	317
104.000 - 104.999	582	407	320
105.000 - 105.999	587	411	323
106.000 - 106.999	593	415	326
107.000 - 107.999	598	419	329
108.000 und mehr	604	423	332

Gesehen, um dem Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 18. März 1994 zur Festlegung der Selbstkostenbeteiligung der Eltern an den Betreuungskosten durch Tagesmütter sowie zu den Berechnungsmodalitäten dieser Selbstkostenbeteiligung beigefügt zu werden.

Eupen, den 18. März 1994.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:
Der Minister-Präsident,

Minister für Finanzen, Gesundheit und Familie, Sport und Tourismus,
J. MARAITE

Anlage 2

Einkommenserklärung des Haushaltes oder des Alleinerziehers
(in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 18. März 1994)

Person, die für die finanziellen Kosten des Kindes aufkommt und vorliegende Erklärung unterzeichnet	Bezeichnung und Anschrift des Tagesmutterdienstes
Name und Vorname :
Anschrift :
Verwandtschaftsgrad :
Eingeschriebenes Kind :	Dem Tagesmutterdienst vorbehalten :
Name und Vornamen :	
Anschrift :	
Geburtsdatum :	

Zusammensetzung der Familie :

Anzahl Kinder der Familie, die im Tagesmutterdienst untergebracht sind und die den gleichen Tarifzäten unterliegen :

Einschreibedatum :

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 95 — 3107

[S + C + 33089]

18 MARS 1994. — Arrêté du Gouvernement fixant la participation personnelle des parents aux frais de garde par des gardiennes d'enfants à domicile et fixant les modalités de calcul de cette participation personnelle

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990 et 16 juillet 1993;

Vu le décret du 9 mai 1988 créant un Fonds pour l'Enfance, visant la reprise de certains membres du personnel de l'Œuvre Nationale de l'Enfance et portant réglementation de l'hébergement d'enfants de moins de sept ans, modifié par les décrets des 7 mai 1990 et 21 janvier 1991;

Vu l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 12 juillet 1990 fixant les conditions d'intervention financière dans les frais de fonctionnement des services de gardiennes d'enfants à domicile, notamment l'article 13;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1er, modifié par les lois des 9 août 1980, 16 juin 1989 et 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant que le tarif de la participation personnelle des parents en vigueur aujourd'hui date déjà de deux ans et doit être adapté au niveau de prix actuel;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 16 mars 1994.

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre des Finances, du Sport et du Tourisme, de la Santé et de la Famille,

Arrête :

Article 1er. En vertu de l'article 13 de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 12 juillet 1990 fixant les conditions d'intervention financière dans les frais de fonctionnement des services de gardiennes d'enfants à domicile, la participation personnelle des parents aux frais de garde par des gardiennes d'enfants à domicile ainsi que les modalités de calcul de cette participation personnelle sont fixées conformément au nouveau tableau ci-annexe.

Le Ministre peut adapter le tableau.

Art. 2. La participation personnelle minimale est fixée à 52 FB par jour de garde.

La participation personnelle maximale est fixée à 604 FB par jour de garde. Cette participation est aussi d'application si les parents n'apportent pas la preuve de leurs revenus.

Art. 3. La participation personnelle pour un demi-jour de garde est fixée à 55 % de la participation pour un jour entier de garde.

La participation personnelle minimale est fixée à 52 FB par demi-jour de garde.

Art. 4. § 1er. Les revenus mensuels nets cumulés du ménage servent de base au calcul.

Ceux-ci comprennent toutes les recettes financières des conjoints ou des cohabitants ainsi que de la personne seule chargée de l'éducation de l'enfant, soit :

- les revenus professionnels,
 - les prestations sociales (maladie-invalidité - pensions allocations d'accidents ou de maladies professionnels allocations de chômage - allocations de handicapés),
 - les indemnités de milice, - les allocations d'études, - le revenu garanti - le minimex - l'intervention du CPAS.
- Il n'est tenu compte ni des allocations familiales ni de la participation des pouvoirs publics aux frais d'entretien de l'enfant placé dans une famille d'accueil.

Si des pensions alimentaires sont perçues, elles sont ajoutées aux revenus de comparaison; elles sont déduites si elles sont payées.

Les remboursements personnels ne peuvent être déduits.

§ 2. Lorsqu'un des parents est soumis aux dispositions du statut des travailleurs salariés, des employés, des services publics ou assimilés et l'autre aux dispositions d'un autre statut, les revenus mensuels nets du ménage correspondent alors à la somme des revenus mensuels nets des parents calculés conformément au statut qui leur est applicable.

§ 3. Les revenus mensuels nets cumulés du ménage dont il faut tenir compte pour déterminer la participation personnelle journalière sont ceux du mois de novembre. Une adaptation de la participation aux revenus doit avoir lieu chaque année au mois de janvier. Au cas où les revenus du mois de novembre seraient nuls ou non représentatifs (pour un ou pour les deux parents), il faut tenir compte des revenus perçus lors du premier mois d'encadrement.

Art. 5. § 1er. Les parents soumis aux dispositions du statut des travailleurs salariés, des employés, des services publics ou assimilés doivent faire remplir par leur employeur un formulaire qui leur est notifié par le service de gardienne d'enfants à domicile, ou remettre un original soit de l'attestation de traitement soit de la feuille de salaire pour le mois correspondant, ou encore un extrait de compte ou figure le montant reçu comme salaire ou comme traitement.

§ 2. Les parents soumis aux dispositions d'un autre statut doivent présenter leur dernier avertissement-extrait de rôle sur l'impôt des personnes physiques. Dans ce cas, ce sont les revenus nets imposables qui sont pris en compte, c'est-à-dire l'ensemble du montant imposable, déduction faite de l'impôt levé par l'Etat et de celui levé par la commune. Cette somme est augmentée de 20 %.

Au cas où les revenus nets imposables ne correspondent pas de manière satisfaisante à l'activité effective, une pièce comptable est exceptionnellement acceptée.

Si le dernier avertissement-extrait de rôle n'a pas encore été reçu, le service peut se référer à l'avertissement-extrait de rôle précédent.

Une adaptation de la participation doit avoir lieu au plus tard pour le 1er juillet de chaque année sur la base de l'avertissement-extrait de rôle de l'exercice d'imposition précédent.

Art. 6. Dans le cas où la participation financière des parents est adaptée pour une période déterminée en raison de la situation financière particulière de la famille ou si le revenu est inférieur au revenu minimal prévu, l'enquête menée par l'assistant social du service est déterminante.

Toute dérogation aux taux fixés fait toutefois l'objet d'un rapport écrit motivé. La dérogation doit être approuvée par le Ministre compétent après que le DKF (Dienst für Kind und Familie) a donné son avis.

Lorsque la participation personnelle des parents est inférieure à 140 FB pour une garde d'un jour entier, le service établit dans le mois un rapport social motivé transmis au DKF pour information.

Art. 7. La déclaration de revenus du ménage ou du parent seul chargé de l'éducation de l'enfant ainsi que les justificatifs doivent être conservés jusqu'à la fin de l'année en cours. Les formulaires de déclaration de revenus sont délivrés par les services de gardiennes d'enfants à domicile.

Art. 8. La participation personnelle des parents fixée sur la base de l'annexe 1 couvre la totalité des frais de séjour, à l'exception des frais pour aliments de régime ou médicaments.

Les services de gardiennes d'enfants à domicile peuvent exiger des parents une participation financière pour les vêtements et les langes.

Art. 9. § 1er. En cas de garde simultanée de deux enfants de moins de quatre ans appartenant à une même famille, la participation personnelle des parents due pour chaque enfant est ramenée à 70 % de la participation normale pour l'accueil par journée entière ou par demi-journée.

Une absence motivée d'un des deux enfants pour une période n'excédant pas deux semaines ne porte pas préjudice à cet avantage.

§ 2. En cas de garde simultanée de deux enfants appartenant à une même famille, dont un a plus de quatre ans, la participation personnelle des parents est fixée à 70 % pour l'enfant de moins de quatre ans et à 100 % pour l'enfant de plus de quatre ans.

§ 3. Pendant les mois de vacances, la participation personnelle des parents est ramenée à 70 % du montant normal en cas de garde simultanée d'au moins deux enfants jusqu'à sept ans appartenant à une même famille.

Pendant ces mois de vacances, chaque enfant doit être confié à la garde pendant huit jours au moins.

§ 4. L'assistant social vérifie la simultanéité d'accueil lorsque les deux enfants ne sont pas confiés ensemble au même établissement ou au même service.

§ 5. L'abaissement à 70 % de la participation personnelle aux frais est également accordé pour chaque enfant d'une famille qui a trois enfants ou plus à charge.

§ 6. La participation personnelle ainsi calculée ne peut toutefois en aucun cas être inférieure aux plafonds fixés aux articles 2 et 3 du présent arrêté.

Art. 10. La participation personnelle peut faire l'objet d'un paiement anticipé ou d'une avance.

Art. 11. En cas d'absence non motivée d'un enfant inscrit, un droit de réservation peut être exigé, qui équivaut au moins à une participation aux frais d'un montant de 52 FB. Ce droit est toutefois limité à 25 % du montant de la participation personnelle qui a été fixée.

Art. 12. En ce qui concerne les travailleurs frontaliers dont les revenus sont indiqués en monnaie étrangère, le mode de calcul de la participation est expliqué par le Ministère, DKF, dans une notice explicative. Le revenu est converti en francs belges au taux de change actuel.

Art. 13. L'arrêté ministériel du 21 août 1991 fixant la participation personnelle des parents aux frais de garde par des gardiennes d'enfants à domicile et fixant les modalités de calcul de cette participation personnelle, est abrogé.

Art. 14. Le présent arrêté entre en vigueur le 1er avril 1994.

Eupen, le 18 mars 1994.

Le Ministre-Président,
Ministre des Finances, de la Santé et de la Famille, du Sport et du Tourisme,
J. MARAITE

Annexe I
de l'arrêté du Gouvernement fixant la participation personnelle des parents aux frais de garde
par des gardiennes d'enfants à domicile
et fixant les modalités de calcul de cette participation personnelle.

Participation financière des parents aux frais de séjour des enfants qui sont confiés aux services de gardiennes d'enfants à domicile agréés par le Ministre compétent :

La participation aux frais est fixée comme suit :

Revenus nets mensuels cumulés des conjoints ou des cohabitants (ou de la personne seule chargée de l'éducation de l'enfant)

	participation par jour	100 %	70 %	55 %
jusque 19.999	52	52	52	52
20.000 - 20.999	77	54	52	52
21.000 - 21.999	91	64	52	52
22.000 - 22.999	107	75	59	59
23.000 - 23.999	123	86	68	68
24.000 - 24.999	135	95	74	74
25.000 - 25.999	140	98	77	77
26.000 - 26.999	146	102	80	80
27.000 - 27.999	151	106	83	83
28.000 - 28.999	157	110	86	86
29.000 - 29.999	162	113	89	89
30.000 - 30.999	168	118	92	92
31.000 - 31.999	180	126	99	99
32.000 - 32.999	186	130	102	102
33.000 - 33.999	191	134	105	105
34.000 - 34.999	197	139	108	108
35.000 - 35.999	202	141	111	111
36.000 - 36.999	208	146	114	114
37.000 - 37.999	213	149	117	117
38.000 - 38.999	219	153	120	120
39.000 - 39.999	224	157	123	123
40.000 - 40.999	230	161	127	127
41.000 - 41.999	235	165	129	129
42.000 - 42.999	241	169	133	133
43.000 - 43.999	246	172	135	135
44.000 - 44.999	252	176	139	139
45.000 - 45.999	257	180	141	141
46.000 - 46.999	263	184	145	145
47.000 - 47.999	268	188	147	147
48.000 - 48.999	274	192	151	151
49.000 - 49.999	279	195	153	153
50.000 - 50.999	285	200	157	157
51.000 - 51.999	290	203	160	160
52.000 - 52.999	296	207	163	163
53.000 - 53.999	301	211	166	166
54.000 - 54.999	307	215	169	169
55.000 - 55.999	312	218	172	172
56.000 - 56.999	318	223	175	175
57.000 - 57.999	323	226	178	178
58.000 - 58.999	329	230	181	181
59.000 - 59.888	334	234	184	184
60.000 - 60.999	340	238	187	187
61.000 - 61.999	345	242	190	190

Revenus nets mensuels cumulés des conjoints ou des cohabitants (ou de la personne seule chargée de l'éducation de l'enfant)		participation par jour	
	100 %	70 %	55 %
62.000 - 62.999	351	246	193
63.000 - 63.999	356	249	196
64.000 - 64.999	362	253	199
65.000 - 65.999	367	257	202
66.000 - 66.999	373	261	205
67.000 - 67.999	378	265	208
68.000 - 68.999	384	269	211
69.000 - 69.999	389	272	214
70.000 - 70.999	395	277	217
71.000 - 71.999	400	280	220
72.000 - 72.999	406	284	223
73.000 - 73.999	411	288	226
74.000 - 74.999	417	292	229
75.000 - 75.999	422	295	232
76.000 - 76.999	428	300	235
77.000 - 77.999	433	303	238
78.000 - 78.999	439	307	241
79.000 - 79.999	444	311	244
80.000 - 80.999	450	315	248
81.000 - 81.999	455	319	250
82.000 - 82.999	461	323	254
83.000 - 83.999	466	326	256
84.000 - 84.999	472	330	260
85.000 - 85.999	477	334	262
86.000 - 86.999	483	338	266
87.000 - 87.999	488	342	268
88.000 - 88.999	494	346	272
89.000 - 89.999	499	349	274
90.000 - 90.999	505	354	278
91.000 - 91.999	510	357	281
92.000 - 92.999	516	361	284
93.000 - 93.999	521	365	287
94.000 - 94.999	527	369	290
95.000 - 95.999	532	372	293
96.000 - 96.999	538	377	296
97.000 - 97.999	543	380	299
98.000 - 98.999	549	384	302
99.000 - 99.999	554	388	305
100.000 - 100.999	560	392	308
101.000 - 101.999	565	396	311
102.000 - 102.999	571	400	314
103.000 - 103.999	576	403	317
104.000 - 104.999	582	407	320
105.000 - 105.999	587	411	323
106.000 - 106.999	593	415	326
107.000 - 107.999	598	419	329
108.000 et plus	604	423	332

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 18 mars 1994 fixant la participation personnelle des parents aux frais de garde par des gardiennes d'enfants à domicile et fixant les modalités de calcul de cette participation personnelle.

Eupen, le 18 mars 1994.

Le Ministre-Président,
Ministre des Finances, de la Santé et de la Famille, du Sport et du Tourisme,
J. MARAITE

Annexe 2

Déclaration des revenus du ménage ou de la personne seule chargée de l'éducation de l'enfant (en application de l'arrêté du Gouvernement du 18 mars 1994).

Personne qui prend en charge les coûts financiers de l'enfant et signe la présente déclaration	Désignation et adresse du service de gardiennes d'enfants à domicile
Nom et prénom :
Adresse :
Degré de parenté :	
Enfant inscrit :	Réserve au service de gardiennes d'enfants à domicile :
Nom et prénom :	
Adresse :	
Date de naissance :	

Composition du ménage :

Nombre d'enfants du ménage qui sont gardés par le service de gardiennes d'enfants à domicile et soumis au même tarif :

Date d'inscription :

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[S - C - 33089]

N. 95 — 3107

18 MAART 1994. — Besluit van de Regering tot vaststelling van de persoonlijke kostenbijdrage van de ouders voor het onthaal door onthaalmoeders en tot vaststelling van de modaliteiten voor de berekening van deze persoonlijke kostenbijdrage

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990 en 16 juli 1993;

Gelet op het decreet van 9 mei 1988 tot oprichting van een Fonds voor Kinderwelzijn, tot overname van sommige personeelsleden van het Nationaal Werk voor Kinderwelzijn alsmede tot regeling van het herbergen van kinderen onder de zeven jaar, gewijzigd bij de decreten van 7 mei 1990 en 21 januari 1991;

Gelet op het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 12 juli 1990 tot vastlegging van de voorwaarden voor de financiële tegemoetkoming in de werkingskosten van de diensten voor onthaalmoeders, inzonderheid op artikel 13;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wetten van 9 augustus 1980, 16 juni 1989 en 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de momenteel vigerende tarieven van de kostenbijdrage van de ouders al 2 jaar oud zijn en aan het huidige prijsniveau moeten worden aangepast;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 16 maart 1994;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Financiën, Sport en Toerisme, Gezondheid en Gezin,

Besluit :

Artikel 1. Krachtens artikel 13 van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 12 juli 1990 tot vaststelling van de voorwaarden voor de financiële tegemoetkoming in de werkingskosten van de diensten voor onthaalmoeders wordt de persoonlijke kostenbijdrage van de ouders voor het onthaal door onthaalmoeders alsmede de modaliteiten voor de berekening van deze persoonlijke bijdrage overeenkomstig de bijgevoegde nieuwe tabel vastgesteld.

De Minister kan de tabel aanpassen.

Art. 2. De minimale bijdrage in de kosten wordt op 52 BF per plaatsingsdag vastgelegd.

De maximale bijdrage in de kosten wordt op 604 BF per plaatsingsdag vastgelegd. Deze bijdrage is eveneens van toepassing wanneer de ouders geen inkomstenbewijs leveren.

Art. 3. De kostenbijdrage voor een halve plaatsingsdag wordt op 55 % van de plaatsingsbijdrage voor een hele dag vastgelegd.

De minimale bijdrage per halve plaatsingsdag wordt op 52 BF vastgelegd.

Art. 4. § 1. Als basis voor de berekening dienen de gecumuleerde maandelijkse netto-inkomsten van het gezin.

Deze omvatten alle financiële ontvangsten van de echtgenoten, van de samenwonende partners of van de alleenstaande opvoeder; het gaat onder meer om :

- de beroepsinkomsten,
- sociale uitkeringen (ziekte - invaliditeit - pensioenen toelagen voor ongevallen en beroepsziekten werkloosheidssuitkering - tegemoetkomingen aan gehandicapten),
- militievergoedingen - studietoelagen,
- gewaarborgd inkomen - bestaansminimum - tussenkomst van het OCMW.

Noch de kinderbijslag noch de tussenkomst van de openbare overheden in de onderhoudskosten van een kind geplaatst in een onthaalgezin worden in aanmerking genomen.

Wordt onderhoudsgeld verkregen, dan wordt het aan de vergelijkingsinkomsten toegevoegd; wordt onderhoudsgeld betaald, dan wordt het afgeremd.

De persoonlijke terugbetalingen mogen niet afgeremd worden.

§ 2. Wanneer één van de ouders aan de bepalingen van het statuut van werknemers of van bediening of van het statuut van openbare of gelijkgestelde diensten onderworpen is en de andere aan de bepalingen van een ander statuut, dan komen de maandelijkse netto-inkomsten van het gezin overeen met de som van de maandelijkse netto-inkomsten van de ouders berekend overeenkomstig het statuut dat op hen toepasselijk is.

§ 3. De gecumuleerde maandelijkse netto-inkomsten van het gezin die in aanmerking komen voor de berekening van de dagelijkse bijdrage in de kosten zijn die van november. Een aanpassing van de bijdrage aan de inkomsten moet elk jaar in januari plaatsvinden. Indien de inkomsten van november nihil of niet representatief zijn, moeten de inkomsten van de eerste maand van de plaatsing in aanmerking worden genomen.

Art. 5. § 1. De ouders onderworpen aan de bepalingen van het statuut van werknemers of bediening of van het statuut van de openbare of gelijkgestelde diensten moeten door hun werkgever een formulier laten invullen dat hun door de dienst voor onthaalmoeders wordt betekend, of het origineel van het weddeattest resp. loonbriefje van de dienovereenkomstige maand of een rekeningsuittreksel met het als koor of als wedde verkregen bedrag voorleggen.

§ 2. De ouders onderworpen aan de bepalingen van een ander statuut moeten het laatste aanslagbiljet betreffende de belasting van de natuurlijke personen voorleggen. In dit geval worden de belastbare netto-inkomsten in aanmerking genomen, d.w.z. het hele belastbare bedrag minus de riks- en gemeentebelasting. Deze som wordt met 20 % verhoogd.

Indien de belastbare netto-inkomsten niet typisch met de werkelijke activiteit overeenstemmen, wordt bij wijze van uitzondering een boekhoudschrijf aanvaard.

Indien het laatste aanslagbiljet nog niet is gekregen, kan de dienst zich beroepen op het vorige aanslagbiljet.

Een aanpassing van de bijdragen moet elk jaar, ten laatste op 1 juli, op grond van het aanslagbiljet van het vorige belastingsjaar plaatsvinden.

Art. 6. Als de financiële bijdrage van de ouders wegens een bijzondere financiële toestand van het gezin voor een bepaalde periode wordt aangepast of als het inkomen onder het bepaalde minimuminkomen ligt, dan is het onderzoek dat de maatschappelijke werker heeft uitgevoerd beslissend.

Elke afwijking van de vastgelegde tarieven is onderworpen aan een met redenen omkleed schriftelijk verslag. De afwijking moet door de bevoegde Minister goedgekeurd worden nadat hij het advies van de DKF (Dienst für Kind und Familie) heeft ingewonnen.

Indien de persoonlijke plaatsingsbijdrage van de ouders minder dan 140 BF voor een hele dag beloopt, stelt de dienst binnen één maand een met redenen omkleed sociaal verslag op dat de DKF ter informatie wordt toegestuurd.

Art. 7. De inkomstenverklaring van het gezin of van de alleenopvoedende ouder en de inkomstenbewijzen moeten tot het einde van het lopende jaar worden bewaard. De formulieren voor het opmaken van de inkomstenverklaringen worden uitgereikt door de dienst voor onthaalmoeders.

Art. 8. De op grond van bijlage 1 vastgelegde bijdrage van de ouders in de kosten dekt alle verblijfkosten met uitzondering van de kosten voor dieetvoeding en gencesmiddelen.

De diensten voor onthaalmoeders kunnen van de ouders een financiële bijdrage voor kleren en luiers verlangen.

Art. 9. § 1. Wanneer een gezin tegelijk twee kinderen jonger dan vier jaar plaatst, dan wordt de per kind verschuldigde kostenbijdrage tot 70 % van de normale plaatsingsbijdrage voor hele of halve dagen gereduceerd.

Een met redenen omkleed afwezigheid van één van beide kinderen gedurende een periode van niet meer dan twee weken doet geen afbreuk aan dit voordeel.

§ 2. Wanneer een gezin tegelijk twee kinderen plaatst, waarbij de ene ouder dan vier jaar is, dan wordt de per kind verschuldigde kostenbijdrage op 70 % vastgelegd voor het kind onder vier jaar en op 100 % voor het kind ouder dan vier jaar.

§ 3. Tijdens de vakantiemaanden wordt de kostenbijdrage op 70 % van het normaal bedrag vastgelegd, indien een gezin tegelijk ten minste twee kinderen jonger dan 7 jaar plaatst.

Tijdens deze vakantiemaanden moet elk kind echter gedurende ten minste acht dagen geplaatst worden.

§ 4. De maatschappelijke werker verifieert de gelijktijdigheid van de plaatsing wanneer beide kinderen niet samen aan éénzelfde instelling of éénzelfde dienst toevertrouwd zijn.

§ 5. De reductie van de bijdrage in de kosten tot 70 % wordt ook toegekend voor elk kind van een gezin dat drie kinderen of meer ten laste heeft.

§ 6. De zo gerende kostenbijdrage mag echter in geen geval onder het minimumbedrag liggen dat in de artikelen 2 en 3 van dit besluit vastgelegd is.

Art. 10. De bijdrage van de ouders in de kosten kan het voorwerp zijn van een vooruitbetaling of voorschot.

Art. 11. In geval van ongemotiveerde afwezigheid van een ingeschreven kind kan een boekingsgeld verlangd worden dat tenminste gelijk is aan het minimumbedrag van 52 BF. Dit boekingsgeld is echter beperkt tot 25 % van het vastgelegd bedrag van de kostenbijdrage.

Art. 12. Wat de grensarbeiders betreft wier inkomsten in een buitenlandse eenheid aangegeven worden, wordt de berekeningswijze door het Ministerie, DKF, aan de diensten voor onthaalmoeders in een toelichting uitgelegd. Het inkomen wordt overeenkomstig de huidige wisselkoers in Belgische franken omgerond.

Art. 13. Het ministerieel besluit van 21 augustus 1991 tot vaststelling van de persoonlijke kostenbijdrage van de ouders voor het onthaal door onthaalmoeders en tot vaststelling van de modaliteiten voor de berekening van deze persoonlijke bijdrage is opgeheven.

Art. 14. Dit besluit treedt in werking op 1 april 1994.

Eupen, 18 maart 1994.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap
De Minister-President,
Minister van Financiën, Gezondheid en Gezin, Sport en Toerisme,
J. MARAITE

Bijlage I
**bij besluit van de Regering tot vaststelling van de persoonlijke kostenbijdrage van de ouders
voor het onthaal door onthaalmoeders
en tot vaststelling van de modaliteiten voor de berekening van deze persoonlijke bijdrage**

Financiële bijdrage van de ouders in de verblijfkosten van de kinderen toevertrouwd aan de diensten voor onthaalmoeders die door de bevoegde Minister erkend zijn.

De bijdrage in de kosten is vastgelegd als volgt :

Gecumuleerde maandelijkse netto-inkomsten van de echtgenoten of van de samenwonende partners (of van de alleenstaande opvoeder)

	Bijdrage per dag	100 %	70 %	55 %
+ 19.999	52	52	52	52
20.000 - 20.999	77	54	52	52
21.000 - 21.999	91	64	52	52
22.000 - 22.999	107	73	59	59
23.000 - 23.999	123	86	68	68
24.000 - 24.999	135	95	74	74
25.000 - 25.999	140	96	77	77
26.000 - 26.999	146	102	80	80
27.000 - 27.999	151	106	83	83
28.000 - 28.999	157	110	86	86
29.000 - 29.999	162	113	89	89
30.000 - 30.999	168	118	92	92
31.000 - 31.999	180	126	99	99
32.000 - 32.999	186	130	102	102
33.000 - 33.999	191	134	105	105
34.000 - 34.999	197	138	108	108
35.000 - 35.999	202	141	111	111
36.000 - 36.999	208	146	114	114
37.000 - 37.999	213	149	117	117
38.000 - 38.999	219	153	120	120
39.000 - 39.999	224	157	123	123
40.000 - 40.999	230	161	127	127
41.000 - 41.999	235	165	129	129
42.000 - 42.999	241	169	133	133
43.000 - 43.999	246	172	135	135
44.000 - 44.999	252	176	139	139
45.000 - 45.999	257	180	141	141
46.000 - 46.999	263	184	145	145
47.000 - 47.999	268	188	147	147
48.000 - 48.999	274	192	151	151
49.000 - 49.999	279	195	153	153
50.000 - 50.999	285	200	157	157
51.000 - 51.999	290	203	160	160
52.000 - 52.999	296	207	163	163
53.000 - 53.999	301	211	166	166
54.000 - 54.999	307	215	169	169
55.000 - 55.999	312	218	172	172
56.000 - 56.999	318	223	175	175
57.000 - 57.999	323	226	178	178
58.000 - 58.999	329	230	181	181
59.000 - 59.888	334	234	184	184
60.000 - 60.999	340	238	187	187
61.000 - 61.999	345	242	190	190

Gecumuleerde maandelijkse netto-inkomsten van de echtgenoten of van de samenwonende partners (of van de alleenstaande opvoeder)	100 %	Bijdrage per dag	
		70 %	55 %
62.000 - 62.999	351	246	193
63.000 - 63.999	356	249	196
64.000 - 64.999	362	253	199
65.000 - 65.999	367	257	202
66.000 - 66.999	373	261	205
67.000 - 67.999	378	265	208
68.000 - 68.999	384	269	211
69.000 - 69.999	389	272	214
70.000 - 70.999	395	277	217
71.000 - 71.999	400	280	220
72.000 - 72.999	406	284	223
73.000 - 73.999	411	288	226
74.000 - 74.999	417	292	229
75.000 - 75.999	422	295	232
76.000 - 76.999	428	300	235
77.000 - 77.999	433	303	238
78.000 - 78.999	439	307	241
79.000 - 79.999	444	311	244
80.000 - 80.999	450	315	248
81.000 - 81.999	455	319	250
82.000 - 82.999	461	323	254
83.000 - 83.999	466	326	256
84.000 - 84.999	472	330	260
85.000 - 85.999	477	334	262
86.000 - 86.999	483	338	266
87.000 - 87.999	488	342	268
88.000 - 88.999	494	346	272
89.000 - 89.999	499	349	274
90.000 - 90.999	505	354	278
91.000 - 91.999	510	357	281
92.000 - 92.999	516	361	284
93.000 - 93.999	521	365	287
94.000 - 94.999	527	369	290
95.000 - 95.999	532	372	293
96.000 - 96.999	538	377	296
97.000 - 97.999	543	380	299
98.000 - 98.999	549	384	302
99.000 - 99.999	554	388	305
100.000 - 100.999	560	392	308
101.000 - 101.999	565	396	311
102.000 - 102.999	571	400	314
103.000 - 103.999	576	403	317
104.000 - 104.999	582	407	320
105.000 - 105.999	587	411	323
106.000 - 106.999	593	415	326
107.000 - 107.999	598	419	329
108.000 en meer	604	423	332

Gezien om bijgevoegd te worden aan het besluit van de Regering van 18 maart 1994 tot vaststelling van de persoonlijke kostenbijdrage van de ouders voor het onthaal door onthaalmoeders en tot vaststelling van de modaliteiten voor de berekening van deze persoonlijke bijdrage.

Eupen, 18 maart 1994.

De Minister-President,
Minister van Financiën, Gezondheid en Gezin, Sport en Toerisme,
J. MARAITE

Bijlage 2

Verklaring betreffende de inkomsten van het gezin van de alleenstaande opvoeder
(in toepassing van het besluit van de Regering van 18 maart 1994)

Persoon die de financiële kosten van het kind op zich neemt en deze verklaring ondertekent	Benaming en adres van de dienst voor onthaalmoeders
Naam en voornaam :
Adres :
Verwantschapsgraad :
Ingeschreven kind :	De dienst voor onthaalmoeders voorbeïouden :
Naam en voornaam :
Adres :
Geburtdatum :

Samenstelling van het gezin :

Aantal kinderen van het gezin die een dienst voor onthaalmoeders toevertrouwd worden en aan hetzelfde tarief onderworpen zijn :

Inschrijvingsdatum :

D. 95 — 3168

(1983)

18. JANUAR 1995. — Erlass der Regierung
bezüglich der Schaffung eines Koordinationsdienstes für das Gemeinschaftsunterrichtswesen

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens, wie es abgeändert wurde;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primär-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, insbesondere des Artikels 160 j;

Aufgrund des königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 in Anwendung des Artikels 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primär-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes,

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 28. Dezember 1994;

Aufgrund des günstigen Gutachtens des Finanzinspektors vom 11. Januar 1995;

Aufgrund des Protokolls Nr. S2/95 vom 9. Januar 1995, das die Ergebnisse der Verhandlungen im Sektorenausschuß XIX für die Deutschsprachige Gemeinschaft enthält,

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni 1989 und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß es in Ermangelung eines Dekretes zur Schaffung eines Direktoriums für das Gemeinschaftsunterrichtswesen notwendig ist, ohne Verzögerung einen Koordinationsdienst für das Gemeinschaftsunterrichtswesen einzurichten,

Auf Vorschlag des Ministers für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung,
Beschließt:**Artikel 1.** Es wird ein Koordinationsdienst für das Gemeinschaftsunterrichtswesen geschaffen, der der Verantwortung des Ministers für Unterricht untersteht.**Art. 2.** Dieser Dienst wird von zwei Mitgliedern des Direktions- und Lehrpersonals gebildet, die wegen ihrer fachlichen Kompetenz und ihrer offenkundigen großen Erfahrung im Gemeinschaftsunterrichtswesen von der Regierung einen unbefristeten Urlaub wegen eines Sonderauftrags im Interesse des Unterrichtswesens erhalten nach Artikel 33 des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 in Anwendung des Artikels 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals,